

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers  
für das Erzgebirge  
— Erscheint wöchentlich  
— Preis 1 Mark

Verantwortlicher: Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.

Redaktion: Capelle'sche Buchdruckerei, Erzgebirgskurve, Auerbach. Inhaltendie amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. Postfach-Nr. 1000

Nr. 300

Freitag, den 25. Dezember 1931

26. Jahrgang

# Der Baseler Bericht unterzeichnet

## Die Schlußverhandlungen

Basel, 24. Dezember. Die letzten Besprechungen, die heute über den Schlußbericht des Beratenden Sonderauschusses stattfanden, hatten bis 2 Uhr nachmittags noch zu keinem Ergebnis geführt. Seit 10 Uhr tagten die elf Mitglieder des Ausschusses hinter verschlossenen Türen, um sich über die letzten Formulierungen einig zu werden, ehe man zur Genehmigung des Schlußberichts in der öffentlichen Schlußsitzung schreitet. Die Schlußfassung, die ursprünglich für 3 Uhr vorgesehen war, ist vorläufig auf 5 Uhr verlegt worden. Um 2 Uhr nachmittags verließen einige Mitglieder des Ausschusses das Gebäude der S. J. Z., wo heute die vertraulichen Besprechungen stattfinden, um ihr Frühstück einzunehmen. Es wurde mitgeteilt, daß die Beratungen weitergehen. Die an der Ausarbeitung des Berichtes besonders beteiligten Mitglieder des Ausschusses, Melchior, Rist, Layton und Beneduce, blieben auch während der Pause zusammen und ließen sich ihr Frühstück in das Beratungszimmer bringen. Die Schwierigkeiten, mit denen der Ausschuss bei der Ausarbeitung seines Berichtes von Anfang an zu kämpfen hatte, dauerten auch heute noch fort. Sie erklären sich aus dem Bestreben, wenn irgend möglich zu einem einheitlichen Bericht zu kommen.

## Die Unterzeichnung

Basel, 23. Dez. Der Bericht des Beratenden Sonderauschusses der S. J. Z. wurde heute abend gegen 10 Uhr in einer nichtöffentlichen Vollversammlung des Ausschusses unter Vorsitz von Professor Beneduce von sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet. Bevor die Mitglieder ihre Unterschrift unter das umfangreiche Dokument setzten, wurde der Bericht, der bis jetzt nur in englischer Sprache vorliegt, von dem Chefdolmetscher des Ausschusses, Oberregierungsrat Dr. Michaelis-Berlin, Abschnitt für Abschnitt vorgelesen. Die Verabschiedung des Berichtes erfolgte debattelos. Einwendungen wurden von keinem Mitglied erhoben.

Der Bericht trägt nunmehr die Unterschriften folgender Persönlichkeiten: Beneduce (Italien), Melchior (Deutschland), Layton (England), Rist (Frankreich), Francaui (Belgien), Collin (Holland), Rydbeck (Schweden), Windschiedler (Schweiz), Juritsch (Jugoslawien), Kogara (Japan). Die Mitglieder des Ausschusses haben größtenteils sofort nach Beendigung der heutigen Sitzung Basel verlassen.

1929 rund 33 Milliarden Kapital investiert, davon 20 Milliarden in öffentlichen Anlagen, Wohnungsbau, Gas, Wasser usw. Der hohe Anteil der kurzfristigen Auslandskapitalien habe Deutschland besonders verwundbar gemacht. In den Jahren 1926 bis 1929 seien ebenso wie die Steuereinnahmen auch die Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden stark gestiegen, und zwar von 17,2 auf 20,8 Milliarden. Die Ausgaben für Wohnungsbau, Bildungs- und Wohlfahrtswesen machten hier von 40 Prozent aus. Ganz erheblich waren ferner die öffentlichen Schulden, die 1929 insgesamt 24 Milliarden betragen. Die steigende Ausgabenpolitik sei oft revidiert worden, ebenso wie das System des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, das die Konzepte über die Ausgaben von der Verantwortung für die Erhebung mindere eines beträchtlichen Teiles der Einnahmen trenne.

Am Schluß dieses Kapitels wird eine allgemeine Betrachtung angestellt. So außergewöhnlich jetzt auch die Krise sei, so sei doch noch jeder Krise ein Aufschwung gefolgt. Die starke wirtschaftliche Ausrichtung Deutschlands könne jetzt zwar nicht voll ausgenutzt werden, aber wenn man auch den Punkt der wirtschaftlichen Stabilität nicht voraussehen könne, so sei es doch nicht weniger sicher, daß diese Stabilität erst mit Hilfe der im Kapitel 4 gemachten Vorschläge erreicht werden könne. Das Kapitel 3 schließt die deutschen Sondermaßnahmen zur Bekämpfung der Krise. Es wird hervorgehoben, daß diese zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung und des Haushaltes getroffenen Maßnahmen den entschlossenen Willen der Reichsregierung zu erkennen geben, der Lage gerecht zu werden.

## Aus dem Inhalt des Schlußberichts

Basel, 24. Dezember. Der Beratende Sonderauschuss hat keine Beratungen heute durch Unterzeichnung eines Berichtes beendet. Der Bericht wird den beteiligten Regierungen und der S. J. Z. von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Beneduce, übermittelt werden.

Er besteht aus vier Kapiteln und verschiedenen Anlagen, die die Ergebnisse der Arbeiten der Sonderauschüsse für die Auslandsverschuldung und die Auslandsguthaben Deutschlands, für den Reichshaushalt und die Reichsbahn enthalten.

Der Ausschuss stellt im Kapitel 4 in seinen Schlußfolgerungen zunächst einmal fest, daß Deutschland den ausschließlichen Teil der Annullitäten nach Ablauf des Hoover-Jahres nicht zu transferieren vermag. Er weist indessen auf die beispiellose Schwere der Krise hin, deren Ausmaß ungewisshaft die „verhältnismäßig kurze Depression“ übersteigt, die der neue Plan ins Auge faßt. Der neue Plan ging von der künftigen Ausdehnung des Welthandels aus, innerhalb deren die Reparationszahlungen ein Faktor von abnehmender Bedeutung werden würden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Nicht nur ist der Umfang des Welthandels zusammengeschrumpft, sondern auch das außerordentliche Fallen des Goldpreises hat die tatsächlichen Lasten der deutschen Annullitäten wie alle in Gold festgelegten Zahlungen um 40 Prozent erhöht.

### Das deutsche Problem

Das in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, erheischt daher ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann. Das Problem hat weitestgehende Bedeutung, und es muß in viel weiterem Maße als dem durch Deutschlands Lage allein gegebenen behandelt werden. Der Wiggins-Ausschuss hat bereits eine außerordentlich ernste Warnung ausgesprochen. Die Ereignisse warteten nicht. Die Krise hat gewaltige Dimensionen angenommen. Wenn nichts geschieht, werden die eingetretenen Schwierigkeiten Vorbote weiterer Katastrophen sein. Durch die Rückwirkungen des Wirtschaftens auf die politische Lage und umgekehrt wird die allgemeine Lage noch mehr verwickelt. Bei diesem verwickelten Problem müßten von den Regierungen die Tatsachen berücksichtigt werden, die der wirklichen Lage entsprechend nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt werden könnten. — Gewisse Betrachtungen erheben dem Ausschuss von größter Wichtigkeit: Transferierungen von einem Lande in einem Umfang, der die Zahlungsbilanz erschüttert, müssen das augenblickliche Chaos noch verschärfen. Die Befreiung eines Landes von nur unerträglichen Lasten würde möglicherweise die Last auf ein Schuldigerland abwälzen, das in seiner Eigenschaft als Schuldner seinerseits nicht in der Lage ist, die Last zu tragen. — Der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen wiederherstellen kann,

ist die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden Reparationen und andere Kriegsschulden an die gegenwärtige gestörte Lage der Welt.

Unbillig sind Schritte notwendig, um den energischen Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung verteidigt, dauernde Wirkung zu sichern.

Der Ausschuss richtet an die Regierungen den Appell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen, und damit neue Hoffnung auf eine Besserung der schweren Krise zu erwecken, die gleichermaßen auf allen lastet.

Das 1. Kapitel gibt einen Überblick über die gegenwärtige Lage. Der Bericht hebt die besondere Empfindlichkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber der Kreditkrise hervor. Er weist auf die hohe kurzfristige Verschuldung hin. Die Auslandskredite der letzten Zeit hätten ein gewisses Gegengewicht gegen die langfristigen Kreditlasten geschaffen. So erhebt sich aber die Frage, ob die

wirtschaftlichen Bedingungen Ausfuhrüberschüsse in der bisherigen Höhe gestatteten. Jedenfalls seien die Ausfuhrüberschüsse nicht sofort reaktionär, um damit kurzfristige Schulden sofort zurückzahlen.

Eine Schätzung der deutschen Zahlungsbilanz für das Jahr 1931 zeige den hohen Anteil der von dem Ausfuhrüberschuss für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Auslandsschulden und der Reparationszahlungen vor dem Hoover-Plan verwendet werden müßte. Deutschland habe

eine überlegte Preis- und Lohnsenkungspolitik verfolgt, um seine wirtschaftliche Lage gegenüber dem Auslande so weit wie möglich zu klären. Preise und Löhne seien durch die letzte Notverordnung weiter gesenkt. Der Produktionsindex stehe bei 100 Prozent 1929 im September dieses Jahres auf 66 Prozent. Ein Drittel des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands habe aufgehört. Die Arbeitslosigkeit sei weiter gestiegen. Die Lage der Landwirtschaft sei durch diese Entwicklung ebenfalls betroffen. Die Steuerlast sei nach Auffassung des Ausschusses so hoch gestiegen, daß für eine weitere Erhöhung kein Raum mehr sei. Die Wirtschaftskrisis zeige sich auch in den Einnahmerückgängen bei der Reichsbahn. Was die künftige Lage der Reichsbahn angehe, so sei der hierfür eingeleitete Austausch zu der Schlußfolgerung gekommen, daß die Reichsbahn im Grunde ein gesundes Unternehmen und bei Beobachtung kaufmännischer Grundsätze künftig einen Betriebsüberschuss zu erzielen in der Lage sei, und zwar einen Überschuss, wie ihn die übrigen großen Auslandsbahnen erzielen, vorausgesetzt, daß Deutschland und die Welt das Gleichgewicht wiedergewonnen haben und normale wirtschaftliche Verhältnisse eintreten.

Die größten Schwierigkeiten bei der Abfassung des Berichtes hat bekanntlich das zweite Kapitel verursacht, das die Umstände und Verhältnisse, die zu der gegenwärtigen Lage geführt hatten, schildert.

### Rückgang in der Konsumkraft breiter Massen

habe eine Verminderung oder sogar ein völliges Verschwinden der Rentabilität, schwere Arbeitslosigkeit und einen Niederschlag in den Börsenwerten herbeigeführt.

### Die Erhöhung der Zollmauern

mehre die bereits von dem Wiggins-Komitee geschilderten Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern, da Zahlungen von einem Lande an das andere schließlich nur in Form von Waren gemacht werden könnten. Deutschland hätte einen starken Kapitalbedarf gehabt, um die durch den Krieg, seine Nachwirkungen und die Inflation geschaffenen Lücken aufzufüllen. Von den seit 1924 eingeströmten Auslandskapitalien in Höhe von 18 Milliarden RM seien 10,3 Milliarden durch Reparationen aufgebraucht. Insgesamt habe Deutschland von 1924 bis

## Der erste Eindruck des Gutachtens

Berlin, 24. Dezember. Wenn auch der gestern in den späten Abendstunden veröffentlichte Auszug aus dem Bericht des Baseler Sonderauschusses noch keine endgültige und abschließende Wertung des gesamten Gutachtens ermöglicht hat, und auch die Berliner Morgenblätter sich im wesentlichen auf eine Wiedergabe des Auszugs beschränken, ohne ausführlich dazu Stellung zu nehmen, so zeigt der erste Eindruck doch schon, daß die Feststellung der Baseler Sachverständigen die besondere Lage Deutschlands und den verhängnisvollen Einfluß der Reparationen auf unsere wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse voll währigen. — Die „Germania“ unterstreicht besonders den Hinweis auf die zu besitzenden weiteren Katastrophen, wenn seitens der Regierungen nicht entscheidende Maßnahmen ergriffen würden. — Die „Vossische Zeitung“ stellt besonders die Forderung nach Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden an die Weltlage und die Ausführungen über den Zusammenhang zwischen der deutschen und der Weltkrise, die ein gemeinsames Vorgehen erheische, in den Vordergrund. — Das „Berliner Tageblatt“ nennt den Bericht eine ernste Mahnung. Das Gutachten sei natürlich ein Kompromiß, aber ein Kompromiß, zu dem auch Deutschland unbedeutlich beitragen könne. Noch niemals sei, solange die Debatte über die Reparationen andauere, von einem internationalen Gremium ein Dokument von gleicher Eindringlichkeit, von einem solchen Ernst der Sprache vorgelegt worden wie diesmal. Der starke Appell an die beteiligten Staaten, sich sofort wirtschaftlich — also nicht politisch — bedingten Maßnahmen aufzuraffen, werde in drei Wochen, wenn die internationale Reparationskonferenz zusammentritt, hoffentlich Gehör finden. — Der „Vorwärts“ bezeichnet die Zustimmung der Reichsregierung als eine Selbstverständlichkeit, wenn auch die Hoffnung auf einen konkreteren Vorschlag zur völligen Abschaffung der Reparationen nicht in Erfüllung gegangen sei. Vor allem sei die Feststellung wichtig, daß sich die Lage Deutschlands und der Welt seit den Hoover-Konferenzen grundlegend geändert habe. Der Young-Plan sei überholt. — Die „Börse“ ist der Auffassung, daß der Bericht zwar an manchen Stellen durch die deutlich erkennbaren Kompromissuren geiltten habe, aber doch in den Schlußfolgerungen dem deutschen Standpunkt, wenn auch nicht voll, so doch weitgehend, entspreche. — Im Gegensatz zu diesen Äußerungen spricht der „Börse-Kurier“ von einem „mäßig erreichten unzulänglichen Kompromiß“. — Die „D. A. Z.“ empfindet die Schlußfolgerungen als „lächerlich“. Der Young-Plan werde besanauert, es fehle aber die Empfehlung die Tribute zu streichen. — Auch der „Tag“ vermisst diese Schlußfolgerung. Das Gutachten führe nicht eindeutig genug die Weltkrise auf die Tribute zurück, die dies entscheidend gehört hätten. Der Bericht deute nur an, was von der politischen Seite her gebilligt worden sei. Er verweise die tatsächlichen Zusammenhänge dort, wo er von den Tatsachen sprache, die zu der heutigen deutschen Lebenslage geführt haben.

## Annahme des Hoover-Moratoriums im Senat

Washington, 22. Dez. Der Senat hat das Hoover-Moratorium mit 69 gegen 12 Stimmen ratifiziert.

Washington, 22. Dez. Zu der Meldung über die Ratifizierung des Hoover-Moratoriums im Senat ist noch nachzutragen, daß die vom Repräsentantenhaus beschlossene Zusatzklärung, die sich gegen künftige Revision oder Annullierung der Kriegsschulden wendet, vom Senat ohne jede Erörterung gebilligt wurde. Somit hat die Vorlage Gesetzeskraft erhalten. Vor der Abstimmung war ein Ergänzungsantrag, in dem die

Revision des Versailles Vertrages als Vorbedingung des Schuldenerlasses gefordert wurde, vom Senat abgelehnt worden.

## Der Gelehtwurf über das Moratorium von Hoover unterzeichnet

Washington, 23. Dez. Präsident Hoover hat heute den Gelehtwurf über das Moratorium unterzeichnet. Er ist dadurch formell in Kraft getreten.